

Ausgeträumt: Keine Ehe für Lauscha und Neuhaus

Seit Mitte März haben Neuhaus und Lauscha im Thüringer Innenministerium Druck gemacht. Gestern Nachmittag haben sie nun erfahren, dass es zwar Geld vom Land gibt, aber viel zu wenig. Freiwillig werden sie nun also nicht zusammen kommen.

Von Doreen Fischer

Neuhaus am Rennweg/Lauscha – „Für uns ist eine konkrete Aussage dringend notwendig“, hatte Henry Worm, der amtierende Bürgermeister von Neuhaus, zwei Tage vor dem anvisierten Termin in Erfurt seinen Stadträten erklärt. Mit dieser Ansage bezog er sich auf einen Sonderfonds für Fusionen. Denn der sollte eigentlich für Lauscha eine Summe x locker machen. Eben weil die Stadt so hoch verschuldet ist.

Im Vorfeld des Gesprächs bei Innenminister Holger Poppenhäger zeigte sich Worm erwartungsvoll, dass endlich etwas Konkretes auf den Tisch kommt. „Das ganze Geschmambel hat dazu geführt, dass wir als Stadtrat nicht mehr aktiv versucht haben, mit Lauscha zusammen zu kommen. Nun hoffe ich, dass wir nicht allzu sehr enttäuscht werden.“

Diese Hoffnungen wurden jedoch ziemlich schnell zerschlagen. Zwar hatte Poppenhäger gegenüber den



Zur Stadtratssitzung am Montag hatte Henry Worm (Mitte) noch Hoffnung, dass die Landesregierung eine finanzielle Lösung bereithält.

Foto: camera900.de

Besuchern aus Neuhaus und Lauscha betont, gerade dieser Termin sei für solch ein Gespräch bestens gewählt. Nämlich deshalb, weil er am Vormittag in den Fraktionen ein Sonderentschuldungs-Programm vorgestellt hatte. Lauscha würde damit in den Genuss von Extra-Geld kommen.

Insgesamt entspräche das einer Summe von etwas mehr als einer Million Euro. Hinzu kämen 100 Euro pro Einwohner, hochgerechnet also noch einmal 340 000 Euro. Summa summarum würde Lauscha damit rund 1,4 Millionen Euro in die Ehe mit Neuhaus einbringen. Allerdings müssten die Neuhäuser dann auch die Schulden der Lauschaer in Höhe von 5,3 Millionen Euro übernehmen. Und weil Lauscha auch noch seine Investitionsverpflichtungen für die kommenden Jahre hochgerechnet hat, stünde im Falle eines

Zusammenschlusses fest: „Weitere 1,9 Millionen müsste Neuhaus bei uns verbauen“, bringt es Norbert Zitzmann auf den Punkt.

Die Bürgermeister beider Städte sind sich darin einig, dass sie unter diesen Voraussetzungen ihren

Stadträten einen freiwilligen Zusammenschluss auf keinen Fall empfehlen werden. „Mit diesen Mitteln, die der Innenminister zugesagt hat, kriegen wir keinen auskömmlichen Haushalt hin. Investitionen wären ebenfalls nicht möglich“, erklärt Henry Worm die Situation.

Jetzt: Piesau und Lichte

Vorerst wird sich Neuhaus also mit anderen Hochzeitsplänen beschäftigen. Und zwar mit Piesau und Lichte. Weil das eine freiwillige Verbindung ist, werden vom Freistaat für jeden Einwohner der drei Kommunen die genannten 100 Euro gezahlt. Für Neuhaus wären das 700 000 Euro, für Lichte 150 000 Euro und für Piesau noch einmal 70 000 Euro.

Die Geduld von Angelika Weigel, Bürgermeisterin aus Piesau, ist in den

letzten Wochen ohnehin auf eine harte Probe gestellt worden. Sie wartet schon längere Zeit auf ein Bekenntnis der Neuhäuser. Deshalb hat sie zwischenzeitlich ein Schreiben an die Stadt auf den Weg gebracht. Sie möchte, dass man endlich zu Potte kommt. Genau das wird man jetzt tun.

Klage bei Zwangsehe

Obwohl Neuhaus und Lauscha nun wohl ihre gemeinsamen Pläne begraben werden, ist damit zu rechnen, dass der Freistaat beschließen wird, beide Städte zwangsweise zu einer zu machen. „Ich bin mir mit Norbert Zitzmann einig darin, dass dieses neue Gebilde dagegen klagen wird. Eine neue Stadt muss auskömmlich finanziert sein. Das sehen wir nicht“, kündigt Henry Worm den Klageweg an. Aus Lauscha heißt es dazu vom Bürgermeister: „Wenn zwangsweise verordnet wird, dann müssen die Leute, die das anordnen, auch dafür sorgen, dass die vorhandenen Probleme gelöst werden.“

Sehr enttäuscht zeigt sich Norbert Zitzmann jedoch nicht. „Meine Hoffnungen haben sich in Grenzen gehalten“, sagt er. Wohl auch deshalb, weil seine Stadt bereits ihre Erfahrungen in Finanzfragen gemacht hat. Und diese sind nicht immer im Sinne von Lauscha ausgefallen. Trotzdem sieht das Stadtoberhaupt die Gebietsreform als notwendig an. Aber: „In unserer Position ist es so, dass die Vorteile die Nachteile nicht aufwiegen.“